

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

www.kas.de

Soziale Verantwortung

Liebe Studierende, liebe Schüler!

Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, heute hier bei Ihnen zu sein. Und das hat drei Gründe: Erstens: Ich bin gern in Oppurg, weil ich mich freue, wie Oppurg heute aussieht, weil ich weiß, wie es Anfang der neunziger Jahre ausgesehen hat. Hier ist viel öffentliches Geld, hier sind viele Steuergelder investiert worden, hier hat sich, Gott sei Dank, Ihre Gemeinschaft sehr stark engagiert, und es ist etwas daraus geworden. Ich freue mich jedes Mal, wenn ich Gelegenheit habe, hier in Oppurg zu sein!

Und zweitens freue ich mich, beim CJD zu sein, weil ich dieses Werk seit meiner ersten Begegnung mit Arnold Dannenmann vor vielen Jahrzehnten mit Bewunderung und viel Sympathie verfolgt habe. Ein bisschen bin ich auch hier, um mein schlechtes Gewissen, so selten an der Generalversammlung teilzunehmen, dadurch auszugleichen, dass ich jetzt bei den Studenten bin.

Und drittens freue ich mich, weil ich immer gerne mit Studenten zusammen bin. Wenn mein Leben normal verlaufen wäre, dann wäre ich Professor an einer deutschen Universität geworden. Weil es aber nicht normal verlaufen ist, habe ich mich auf das Gründen von Universitäten verlegt. Aber mein eigentliches Lebens- und Berufsziel habe ich nie erreicht. Mein Onkel hat mich gefragt, als ich schon Ministerpräsident und fünfzig Jahre alt war, ob ich nicht doch noch einen richtigen Beruf erlernen möchte.

Ich beklage mich nicht, dass alles anders verlaufen ist. Im Gegenteil: Ich bin dankbar für das Leben, das ich führen durfte und führen darf. Und, Herr Wiegert, Ihr freundlicher Hinweis auf meine gute Mutter lässt sich noch mit einem Akzent versehen: Als

sie älter wurde, hat sie gelegentlich die Zeitungsausschnitte verwechselt: Ich bekam dann die meinem Bruder zugedachte Post.

Sie haben mir ein Thema gestellt: Soziale Verantwortung. Und jeder wird zustimmen, wenn ich sage: Das ist ein schwieriges Thema. Ich habe mich entschlossen, Ihnen nichts zu schenken und es auch schwierig zu behandeln und – vor allem den Abiturienten – ein bisschen Mühe zuzumuten. Ich tue das aus Überzeugung, weil ich insgesamt glaube: Wir Deutsche tun gut daran, uns ein bisschen mehr anzustrengen. Und außerdem hat der Vormittag ja einen zweiten Teil. Es folgt eine Diskussion, in der man dann alles, was einem nicht passt, sagen und Frage stellen kann.

Am 21. September 1848, also heute genau auf den Tag vor 157 Jahren, begann in Wittenberg der erste deutsche evangelische Kirchentag. Und im selben Februar 1848 verkündeten Karl Marx und Friedrich Engels im Festsaal der Stadt Köln, im Gürzenich, das Kommunistische Manifest: „Ein Gespenst geht um in Europa“, und es endete mit dem Aufruf: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Im selben Monat, im Februar 1848, gründete ein völlig unbekannter Kaplan in einem Vorstadtpfarrhaus von Köln, Adolf Kolping, die Kolpingfamilie.

Alle drei Ereignisse zeigen: Man suchte nach Antworten auf die Situation der Zeit von 1848, die ich jetzt im einzelnen nicht schildern kann, die aber gekennzeichnet war durch technische Entwicklungen, die Generationen später zu ungeahntem Wohlstand und Reichtum für die Menschen in Europa führten. Die aber zunächst Ursprung riesiger Armut waren, weil beispielsweise die Weber mit den Handwebstühlen nicht mehr konkurrenzfähig waren. Wer es genauer wissen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

will, lese Gerhart Hauptmanns „Die Weber“ – um nur ein Beispiel zu nennen.

Johann Hinrich Wichern hielt auf dem bereits angesprochenen evangelischen Kirchentag seine berühmte, eine ungewöhnlich lange Stegreif-Rede. Es war ein Aufruf an die evangelischen Christen zur inneren Mission gegen soziale Not und geistige und materielle Armut. Dieser Johann Hinrich Wichern sprach nicht nur lange, sondern auch überzeugend: Die Rede markiert den Anfang der Diakonie in Deutschland, den Anfang der Überzeugung, dass neben staatlicher und amtskirchlicher Fürsorge das soziale Engagement in freier Vereinstätigkeit notwendig ist, wie es beispielsweise auch das Christliche Jugenddorfwerk Deutschland seit etwa 50 Jahren in Westdeutschland und seit nun 15 Jahren auch hier in Ostdeutschland praktiziert.

Schaut man auf die Bilanz des CJD, so wird soziale Verantwortung quantifizierbar: In 150 Orten in Deutschland betreibt das CJD Jugenddörfer, Schulungsstätten, Behindertenwerkstätten. Mehr als zwei Millionen junge Menschen haben bisher in einer Einrichtung des CJD einen Schulabschluss erworben, eine Ausbildung oder eine Umschulung mitgemacht. Und Sie, die Studentenschaft, setzen in Eigeninitiative fort, was in den Christopherus-Gymnasien begonnen wurde: die Förderung gesellschaftlicher Mitverantwortung, eigenständige Meinungsbildung. Schon Wichern sprach von der Heranbildung und Erziehung „zum selbständigen Bürger im Reich Christi“.

Das Beispiel des CJD macht deutlich: Der Begriff „soziale Verantwortung“ bezieht sich, Gott sei Dank, bei weitem nicht nur auf staatliches Handeln. Privatinitiativen, freiwillige Initiativen im sozialen Bereich, wie Sie sie leisten, können und sollen kein Ersatz für staatliche Sozialpolitik sein. Dennoch sind sie nicht weniger notwendig. Notwendig, weil dadurch häufig schneller und besser geholfen werden kann. Notwendig, weil ein demokratischer Staat auf die Teilhabe aller angewiesen ist. Notwendig, weil der Staat nicht alles kann und vor allem, was noch wichtiger ist, nicht alles können soll, nicht alles darf.

Privatinitiativen ergänzen staatliche Förderung, aber sie sind nicht nur Ergänzung der staatlichen Förderung. Ohne private Initiativen würde unsere Gesellschaft eine arme Gesellschaft sein. Das Engagement von Menschen für Menschen, das Maß an gemeinsamer Verantwortung für unsere Gesellschaft ist ein Gradmesser für den Zustand unserer Gesellschaft. Wer nur auf den Staat setzt, untergräbt menschliche Hilfsbereitschaft und ein menschliches Miteinander. Wir haben das in der letzten Zeit gleich mehrfach erlebt: Als die Flut in Sachsen stieg, langte es nicht, dass die Verantwortlichen in der Regierung Maßnahmen ergriffen, als der Sturm über Südostasien hereinbrach, hat sich in Deutschland ein freiwilliges Engagement entwickelt, das ohne jedes Beispiel war. Und in New Orleans haben wir Ähnliches erlebt.

Christliche Denker, wie der norwegische Theologe Eivind Berggrav, haben bereits in den fünfziger Jahren vor einer zu großen Einflussnahme des Staates gewarnt. Barmherzigkeit und Solidarität würden durch utilitaristische und anonyme Hilfe ersetzt. Später hat Theodor Schober, einer der Mit Herausgeber des evangelischen Soziallexikons, die wachsende Bürokratisierung kritisiert und von einem Irrgarten des Sozialstaates gesprochen, in dem sich niemand mehr zu rechtfinden könne.

Max Weber – einer der großen Gesellschaftsphilosophen der ersten zwanzig Jahre des 20. Jahrhunderts – kannte die Regelungswut und den Bürokratismus eines modernen Sozialstaates noch nicht, aber schon er sah eine Gesellschaft voraus, in der die Menschen einst wieder zu abhängigen Untertanen würden: „wenn ihnen ... eine rationale Beamten-Verwaltung und -versorgung der letzte und einzige Wert ist, der über die Art und Leistung ihrer Angelegenheiten entscheiden soll.“

Max Weber war kein Ideologe des Kapitalismus, wenngleich er die Vorzüge – das Berufsethos, den ökonomischen Rationalismus, Effektivität, Innovation und Unternehmergeist als radikales Gegenmodell zum selbstgenügsamen traditionellen Wirtschaften – durchaus herausstrich. Er beschrieb

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

auch die Gefährdung einer kapitalistischen Gesellschaft. Er hat gesagt, sie sei ein „stahlhartes Gehäuse“, eine „leblose Maschine“, die letzten Endes „Fachmenschen ohne Geist, Genussmenschen ohne Herz“ erzeuge.

Soziale Verantwortung wahrzunehmen heißt daher zum einen: An Johann Heinrich Wichern, an Theodor Fliedner, an Pastor Danemann anknüpfend dazu beizutragen, dass sozialer Ausgleich und Gerechtigkeit in einem freien menschlichen Miteinander erlebt und gewährleistet werden. Zum andern muss die Wahrnehmung von sozialer Verantwortung immer auch von der Freiheit des Menschen aus interpretiert und umgesetzt werden. Unsere moderne Gesellschaft ist auf Freiheit und auf Gleichheit gegründet, wenn sie die Würde des Menschen als obersten Maßstab hat. Und dieser Wettbewerb zwischen Freiheit und Gleichheit, diese Debatte um den Stellenwert von Freiheit vor Gleichheit und von Gleichheit vor Freiheit, ist meines Erachtens ein zentraler Punkt der gegenwärtigen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben in den letzten sechzig Jahren ein Auf und Ab der Prioritäten gehabt und erleben gegenwärtig beispielsweise in diesem Teil Deutschlands, dass die Bevölkerung der Gleichheit eindeutig Vorrang vor der Freiheit einräumt – getreu der Erfahrung, dass das, was man hat, nicht so wertvoll ist wie das, was man ersehnt.

Vergessen Sie nie, wer hungrig ist, hat ein Problem, wer satt ist, hat viele! Für mich ist beispielsweise ein unwürdiger, ein der Freiheit des Menschen widersprechender Zustand, wenn ein großer Teil der deutschen Bevölkerung seine Bedürftigkeit in Sozialämtern und Arbeitsagenturen dokumentieren muss.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“, so heißt es in Artikel 20 im Grundgesetz. Seit seinem Inkrafttreten wird gestritten, wie das aus diesem Satz abgeleitete so genannte Sozialstaatsprinzip zu verstehen ist. Im Wesentlichen wird die Auffassung geteilt, dass dieser Satz eine Staatszielbe-

stimmung ist, die den Staat dazu verpflichtet, aktiv gestaltend in die gesellschaftlichen Verhältnisse einzugreifen, um ein menschenwürdiges Dasein für jeden zu sichern, um Chancengerechtigkeit, nicht Chancengleichheit herzustellen.

Chancengerechtigkeit heißt jedem seine Chance, nicht allen dieselbe Chance: Wer behindert ist, muss Hilfe bekommen, mit der Behinderung zu leben. Wer hochbegabt ist, muss die Chance bekommen, zum Wohl aller diese Hochbegabung nutzen zu können.

Darüber, wie der Gesetzgeber diese Verpflichtung umzusetzen hat, bleibt der Spielraum des Grundgesetzes – wie ein wichtiger Grundgesetz-Kommentator, Ludwig Raiser, der zugleich Vorsitzender der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung ist, gesagt hat – „beunruhigend groß“. Doch ist es ein notwendiger Spielraum, weil er die Möglichkeit gibt, verschiedene Wege zu gehen, um das vorgegebene Ziel zu erreichen. Und weil dieser Spielraum Änderungen im gesellschaftspolitischen Handeln des Staates zulässt, weil selbstverständlich Flexibilität erforderlich ist, wenn der Staat auf neue gesellschaftliche Bedingungen reagieren soll. Und das ist gerade in Zeiten beschleunigter Veränderungen, wie wir sie gegenwärtig erleben, notwendig.

Die meisten Probleme, die uns gegenwärtig Sorge bereiten, haben wir nach meiner Überzeugung nicht, weil in der Vergangenheit die falschen Antworten gegeben worden sind, sondern weil wir nicht rechtzeitig erkannt haben, dass sich gesellschaftliche Bedingungen weltweit geändert haben und dass auf neue Herausforderungen selbstverständlich neue Antworten gegeben werden müssen.

Was sozial ist und wie der Staat seiner sozialen Verantwortung nachkommen soll, lässt sich nicht abstrakt und überzeitlich definieren. Es hängt vom jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld mit seinen Gefährdungen und Chancen ab. Sozial ist im Sudan etwas anderes als in China, in Indien etwas anderes als in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Und selbstverständlich ist es bei

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

uns etwas anderes als in einem afrikanischen Staat.

Die Antwort auf die Frage, was aus sozialer Sicht geboten ist, unterliegt deswegen selbstverständlich der politischen Auseinandersetzung. Einer Auseinandersetzung, die weit davon entfernt ist, immer im Sinne verantwortlichen Handelns geführt zu werden. Nirgendwo brennt „die Flamme der reinen Gesinnung“, wie Max Weber gesagt hat, heller als bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit.

Für die Wahrnehmung sozialer Verantwortung gilt aber, was für die Wahrnehmung politischer Verantwortung im Allgemeinen gilt: Politik ist alles andere als seelenlose Technokratie, Politik muss ethischen Grundlagen entsprechen und muss ethisch begründete Zielsetzungen haben. Aber diese Ziele müssen sich am Maßstab der konkreten Handlungsmöglichkeiten orientieren. Eine weltlose Gesinnungsethik, die ohne Realitätssinn alles Wünschenswerte verspricht und alles Wünschenswerte verlangt, ist kein verantwortliches Handeln. Verantwortliches Handeln bedenkt die Ziele und die Folgen.

Ganz kurz gesagt: Max Weber unterscheidet zu Recht zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik, wobei die Politik sich an der Verantwortungsethik zu orientieren hat. Sie muss prüfen, was heute und hier machbar ist. Gelegentlich wird es schwierig, wenn exzellente Professoren ihre Studierstuben verlassen und meinen, Seminarergebnisse in konkrete Politik umsetzen zu können.

Was sind die aktuellen Herausforderungen, in welchem Umfeld muss sich der Sozialstaat heute bei uns bewähren? Was – das ist ja wohl Ihre Frage – heißt heute verantwortliches soziales Handeln und was muss sich infolgedessen ändern?

Es ist keine neue Erkenntnis, wenn ich behaupte, in Deutschland ist gegenwärtig nichts so beherrschend, nichts so bedeutsam und nichts so besorgniserregend wie die hohe Arbeitslosigkeit. Wir haben im August fast fünf Millionen Arbeitslose, fast

400.000 mehr als im Vorjahresmonat. Hinzu kommen unter anderem rund 1,2 Millionen Menschen in Beschäftigungsgesellschaften und Fördermaßnahmen aller Art und eine halbe Million in Frühruhestandsmaßnahmen. Zählt man alles zusammen, haben wir etwa 7-8 Millionen Menschen, die nicht ihre volle Lebenserfüllung finden, weil sich ja immer mehr zeigt: Zur vollen Lebenserfüllung gehört nicht nur, dass man zu essen und zu trinken hat, sondern dass man eine Aufgabe hat.

Siebenmillionen Menschen, die nicht nur über zu geringe Einkommen verfügen, sondern auch nicht die volle Lebenserfüllung finden. Das ist ohne Frage ein Skandal und niemand, der rechtschaffen ist, darf sich damit abfinden. Es ist ein Skandal, der die Soziale Marktwirtschaft, also unsere Wirtschaftsordnung, auf der das soziale Leben in der Bundesrepublik gründet, notwendigerweise langfristig in Frage stellt. Denn Soziale Marktwirtschaft heißt nicht nur, Marktwirtschaft mit sozialem Rahmen, sondern Soziale Marktwirtschaft hat als Zielvorstellung: Vollbeschäftigung. Und Vollbeschäftigung gibt es nur bei einer Arbeitslosigkeit von allenfalls 2,3, 2,5 oder 3 Prozent.

Die Situation ist ein Skandal, der noch zusätzlich darin besteht, dass es große regionale Unterschiede gibt. Die Arbeitslosigkeit von 11,7 Prozent verteilt sich auf Deutschland völlig unterschiedlich – vor allem zwischen Ost und West, aber auch zwischen Nord und Süd. Aber nicht nur die Himmelsrichtung ist zu beachten: Im Süden Thüringens ist die Arbeitslosigkeit wesentlich geringer als in Recklinghausen, aber in Altenburg oder in Artern am Kyffhäuser ist sie wesentlich höher als in Recklinghausen.

Das alles ist ein Skandal und das darf nicht so bleiben. Vereinfacht gesagt ist es so: Wer Sozialhilfe in Anspruch nimmt, ist darauf angewiesen, dass andere Arbeit haben und Steuern zahlen. Wer Sozialhilfe in Anspruch nimmt, muss auf Kosten derer leben, die Arbeit haben und Steuern zahlen. Und je mehr Menschen die Sozialhilfe in Anspruch nehmen, umso mehr müssen die, die sie nicht in Anspruch nehmen, leisten – jedenfalls wenn, wie es bei uns bisher der Fall ist,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

die Sozialleistungen in sehr hohem Umfang an den Lohn derer, die Arbeit haben, gekoppelt sind und darum als Lohnnebenkosten zu Buche schlagen. Das ist bei uns so, das muss aber nicht zwingend so sein. Und weil die, die Arbeit haben, für die arbeiten und Steuern zahlen müssen, die keine Arbeit haben, trifft der Satz zu: Sozial ist, was Arbeit schafft.

Allerdings könnten auch Vertreter einer Plan- oder besser einer Zentralverwaltungswirtschaft an dieser These Gefallen finden. Hat zum Beispiel die DDR diesen Anspruch erfüllt? Es gab scheinbar Vollbeschäftigung. Nur die Folgen von 40 Jahren Zentralverwaltungswirtschaft, man kann auch sagen Sozialismus, stehen uns noch vor Augen. Es ist gar keine Frage, wenn am 9. November 1989 die Mauer nicht durch einen Versprecher in einer Pressekonferenz geöffnet worden wäre, die DDR wäre wenig später wirtschaftlich zusammengebrochen.

Ich habe Erich Honecker in mehreren Gesprächen nie geglaubt, wenn er mir schilderte, die DDR nehme unter den Wirtschaftsnationen der Welt den 10. Platz ein. Aber dass die Volkswirtschaft der DDR sich in einem derartig maroden Zustand befand, wie wir hinterher festgestellt haben, hatte ich für unmöglich gehalten. Ich habe in meinen zwölf Ministerpräsidentenjahren in Rheinland-Pfalz jedes Jahr eine Region der DDR besucht, weil ich meinte, als Ministerpräsident nicht nur Westdeutschland, sondern auch Ostdeutschland kennen zu müssen. Einmal habe ich keine Einreise bekommen, aber elfmal bin ich hier gewesen.

Nur, ich habe Museen, ich habe Schlösser, ich habe Burgen, ich habe Dome, ich habe Kunstgalerien gesehen. Ich habe aber keinen einzigen Betrieb von innen gesehen, weil ich selbstverständlich keinen Schritt unbeobachtet machen konnte. Und ich habe auch kaum mit Menschen gesprochen, vor allem in den ersten Jahren nicht, weil ich sie nicht in Schwierigkeiten bringen wollte. So, wie sich die Wirtschaft der DDR nach dem November 1989 dargestellt hat, hat sie niemand von uns erwartet. Wir hatten zwar ein Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, aber eines für gesamtdeutsche Antworten

hatten wir nicht. Selbst die engagiertesten Befürworter der Vereinigung, zu denen ich mich zähle, haben nicht geglaubt, dass die Wiedervereinigung von einem auf den anderen Tag kommen würde und weil jeder Deutsche sich mit der Lieblingsvorstellung jedes Deutschen begnügte und sagte: Wenn's so weit kommt, setzen wir eine Beraterkommission ein!

Dafür war dann aber keine Zeit, es musste eben doch von einem auf den anderen Tag gehandelt werden. Nirgendwo in Deutschland gab es eine Vorstellung, wie man zu Beispiel den 1952 aufgelösten Freistaat Thüringen wieder zum Leben erwecken soll. Viele haben auch vergessen, dass eine unblutige Revolution, wie wir sie erlebt haben, ein Segen war, für den man nicht genug dankbar sein kann.

In der DDR herrschte Zwang, man konnte nicht kaufen, was man brauchte, man musste nehmen, was es gab – Badehosen im Winter, Pelzmützen im Sommer. Man musste zehn Jahre auf sein Auto warten. Die Zustände in den Krankenhäusern, Behindertenheimen, Altenheimen und Kindergärten waren katastrophal. Ich habe noch angekettete Kinder gesehen!

Die Lebenserwartung in der DDR war um fünf Jahre niedriger als in Westdeutschland. Inzwischen haben wir eine Angleichung erreicht. Die Umwelt war verseucht, das Wasser, die Luft, die Flüsse. Als ich in Erfurt anfang, wurden noch in 50.000 Öfen Brickets verbrannt. In meinem Büro im 9. Stock eines Hochhauses sah man auch an hellen Tagen die umliegende Stadt nicht. In den Flüssen und in den Wäldern war die Verschmutzung ähnlich gravierend. Und schließlich musste man die Unfreiheit als Preis zahlen. Es besteht kein Zweifel, die DDR war keine soziale Gesellschaft!

Dass wir heute in Deutschland circa ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts für soziale Leistungen ausgeben, ist aber auch kein Beweis für soziale Verantwortung. Nicht zuletzt, weil wir diese Leistungen nur noch mit Schulden, also auf Kosten der nachfolgenden Generationen, finanzieren können. Die Rentenversicherer müssen Geld

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

leihen, um Renten zahlen zu können. Das heißt, sie werden nicht mehr aus dem neu erwirtschafteten gezahlt, sondern aus dem, was andere nach uns zurückzahlen und erwirtschaften müssen.

Die Neuverschuldung beträgt in diesem Jahr 3,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Gesamtverschuldung aller öffentlichen Haushalte liegt bei über 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die aus der demographischen Entwicklung resultierende Verschuldung der Sozialversicherungssysteme beträgt 240 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – zum Beispiel in der Rentenversicherung, weil es dort viel mehr Beitragszahler gibt, die Ansprüche erwerben, als künftige Beitragszahler, die für diese Ansprüche aufkommen müssen.

Soziale Verantwortung heißt nicht nur Verantwortung für den nächsten, den Zeitgenossen, sondern sozial verantwortliches Handeln muss auch die Folgen für die kommende Generation berücksichtigen. Hans Jonas hat gesagt: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens.“ Das heißt: Handle nicht nur mit Rücksicht auf deinen Zeitgenossen neben dir, sondern handle auch mit Rücksicht auf die Generation nach dir!

Der Bundespräsident hat in einer Rede beim Arbeitgeberforum im März dieses Jahres die Richtung gewiesen: Es müsse „eine politische Vorfahrtsregelung der Arbeit geben“. Es müsse alles getan werden, was die Bewahrung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ermögliche, alles unterlassen werden, was dem entgegenstehe. Nur aus einer florierenden Wirtschaft in einem funktionierenden Markt, nur wenn Menschen in Lohn und Brot sind, kann sozialer Fortschritt gespeist werden.

Nun ist die Frage, was ist damit gemeint? Ist damit gemeint, was Friedrich August von Hayek, Nobelpreisträger und herausragender Vertreter des Liberalismus, formuliert hat? „Dass der Markt an sich sozial ist, nicht dass er sozial gemacht werden muss.“ Ist damit gemeint, dass der Markt regieren soll?

Ich bin nicht von Hayeks Meinung, sondern ich trete für den dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Sozialismus und Liberalismus ein. Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist, möglichst viele Menschen in Erwerbsarbeit zu bringen – als Voraussetzung dafür, dass wir wieder zwischen marktwirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit und Solidarität zu einem funktionierenden Ausgleich kommen.

Die Soziale Marktwirtschaft war das Konzept für den Wiederaufbau des total zerstörten Westdeutschlands. Jeder weiß, sie hat sich zu einer Erfolgsgeschichte sondergleichen entwickelt. Kaum einer weiß aber mehr, dass sie anfangs niemand wollte. Ludwig Erhard hätte für dieses Konzept in keinem Parlament eine Mehrheit bekommen – nicht einmal in seiner eigenen Partei, weil es unglaublich schien, dass man plötzlich mit einem Federstrich, durch eine Währungsreform und durch die Abschaffung der Lebensmittelkarten eine Erfolgsgeschichte sondergleichen in Gang setzen könnte. So gesehen war es ein Glücksfall, dass es damals nur einen Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat gab, aber noch kein Parlament und kaum Parteien.

Die Soziale Marktwirtschaft ist auch das Konzept für den schwierigen Umbau der sozialistischen Planwirtschaft in den jungen Ländern. Hier war sie sehr viel schwerer durchzusetzen als in der alten Bundesrepublik 1948. Und es erweist sich einmal mehr: Neubau ist nicht schwieriger als Umbau! Nein, Umbau kann sogar viel schwieriger sein als Neubau!

Ich bin zwar überzeugt, dass sie auch hier die Grundlage unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bleiben muss, aber der Beifall derer, denen es von Tag zu Tag besser ging, den Ludwig Erhard in Westdeutschland erhalten hat, haben wir hier nicht erhalten. Sie können selber nachschauen: In den deutschen Universitätsbibliotheken finden Sie ungeheuer viel Literatur, wie man aus Kapitalismus Sozialismus macht, aber wie man aus Sozialismus Soziale Marktwirtschaft macht, darüber finden Sie relativ wenig.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

Jetzt erst wird darüber promoviert und habilitiert. Und ich werde diese Promotionen und Habilitationen mit großer Spannung lesen.

Ich bin auch gar nicht dagegen, dass vieles darin steht, was falsch gemacht worden ist: Bei einer zweiten Wiedervereinigung, die es hoffentlich nie geben wird, machen wir dann alles viel besser, weil wir geübter sind! Selbstverständlich sind in der Situation, die zu meistern war, nicht alle Dinge richtig gemacht worden.

Heute, fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung, spüren wir an vielen Stellen: Die Bedingungen, unter denen die Soziale Marktwirtschaft ihren Beitrag zu leisten hat, haben sich verändert. Aber das führt nicht dazu, dass wir eine neue Soziale Marktwirtschaft brauchen, sondern wir brauchen neue Anstrengungen, um sie wieder wirksam werden zu lassen.

Und das heißt: Anknüpfen an Ludwig Erhard, der sein Diktum „Wohlstand für alle“ mit der Freiheit des Einzelnen, aber auch mit der Verantwortungsfähigkeit und dem Verantwortungsbewusstsein aller verbunden hat. Kernpunkt der Sozialen Marktwirtschaft ist ein fundamentales Umdenken gegenüber jeder staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik. Die Soziale Marktwirtschaft gründet auf der Idee, dass nicht der Staat den Vorrang vor dem Menschen hat, sondern der Mensch Vorrang vor dem Staat. Nicht der Mensch ist da, um dem Staat zu dienen, sondern umgekehrt: Der Staat ist für den Menschen da.

Das war die Konsequenz aus den Erfahrungen im Nationalsozialismus. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht erst nach 1945, sondern in den Gefängnissen, in Konzentrationslagern, in Widerstandskreisen wie dem Kreisauer Kreis zum Beispiel und im Exil entwickelt worden – bekanntlich nicht ohne einen ganz wesentlichen Beitrag der Soziallehre der beiden christlichen Kirchen.

Es ist viel zu wenig bekannt, dass die meisten Vertreter der so genannten Freiburger Schule der Nationalökonomie – die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft ist in Freiburg entstanden – evangelischer Konfession und bekennende evangelische Christen waren. Ihre Theorie der Sozialen Marktwirtschaft

erwuchs auf dem Boden strenger protestantischer Ethik. Eine Marktwirtschaft ohne Adjektiv wäre denen, die die Soziale Marktwirtschaft erdacht haben, als Gräuel erschienen: Sie wollten die unentbehrliche Schwungkraft der Wirtschaft, sie wollten ihren wohlverstandenen Egoismus, weil ohne wirtschaftliche Dynamik alles in Reglementierung und Unfreiheit zu fallen droht.

Aber Wirtschaft braucht nach ihrer Auffassung auch ethische Grundlagen und mitmenschliches Engagement. Wilhelm Röpke, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, hat die Notwendigkeit der persönlichen Hingabe, des Dienstes, hervorgehoben. Er hat sich an der Heiligen Elisabeth orientiert, der ungarischen Fürstentochter auf der Wartburg, und er hat zu Recht gesagt: Das Tun der Heiligen Elisabeth sei mehr gewesen als „Dienst am Kunden“. Noch klarer hat es Ludwig Erhard gesagt: „Volkswirtschaft kann auf Dauer nur gedeihen, wenn sie sich in der Erfüllung des Dienstes am Menschen bewährt, der materielle Erfolg ist gebunden an die Wirkungskraft im Geistigen und Sittlichen - ohne sie bleibt das Materielle fragwürdig und flüchtig.“

Und weil der Mensch im Mittelpunkt stehen muss, ist die Wirtschaft zwar Sache derer, die in der Wirtschaft tätig sind, aber der Staat muss Rahmenbedingungen setzen. Im Unterschied zur Idee des Kapitalismus gehört die Fürsorge für diejenigen, die sich selbst nicht helfen können, zu den Aufgaben des Staates. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste“, so hieß es in der Weimarer Verfassung. Der Artikel geht auf Friedrich Naumann und Otto von Gierke und Ernst Troeltsch zurück, und zwar unter ausdrücklicher Berufung auf die lutherische Tradition.

Das Eigentum hat eine private und eine soziale, eine auf das Einzelwohl und eine auf das Gemeinwohl gerichtete Seite. Freie Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit müssen so abgestimmt sein, dass sie miteinander vereinbar sind.

Wir in der Bundesrepublik bekennen uns im Grundgesetz zur Freiheit des Eigentums.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

Der erste Satz im Artikel 14 Grundgesetz heißt: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.“ Das ist der erste Satz. Der zweite Satz lautet: „Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.“ Und im nächsten Absatz steht dann: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Mit anderen Worten: Eigentum ist sozialpflichtig. Es ist erlaubt, es ist notwendig, immer wieder an diese Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu erinnern. Darüber darf aber niemand vergessen, dass die Freiheit des Eigentums im Grundgesetz an erster Stelle steht.

Nun hört man ständig: „Das ist unsozial!“, „Das begünstigt Reiche und benachteiligt Arme!“ Solche und ähnliche Rufe, pauschale Unternehmerkritik, sind heute wohlfeil. Aber sie sind keine hinreichenden Beiträge zur Behebung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten. Dass es Unternehmer, dass es vor allem Manager gibt, die kritisiert werden müssen, bezweifelt wohl niemand. Nur, ein selbständiger Bauer ist auch ein Unternehmer, ein Handwerksmeister ist ein Unternehmer, ein Mittelständler ist ein Unternehmer.

Wer Neid schürt und Leistung diskreditiert, wer die Gesellschaft zwischen Arm und Reich spaltet, wer Reformen als Zumutung begreift, ohne auch deren Ertrag zu bedenken, sorgt mit dafür, dass man unsere Gesellschaft unsolidarischer und unsozialer macht. Ich will es ganz knapp sagen: Es ist nicht patriotisch, wenn ein Unternehmer aus Profitstreben seine Firma von Deutschland ins Ausland verlegt. Aber es ist patriotisch, wenn ein Unternehmer ein Zweitwerk in einem anderen Land errichtet, um die Arbeitsplätze seines Werkes in Deutschland zukunftssicher zu machen.

Ich habe vor ein paar Tagen in Leer in Ostfriesland einen Unternehmer kennen gelernt, der weltweit beachtet wird, weil er für sein Unternehmen eine Nische entdeckt hat: Er beschäftigt 250 Mitarbeiter in Leer und 450 in China. An den Lohnlisten konnte er mir zeigen: Ohne die 450 in China hätte er die 250 Mitarbeiter in Deutschland auch nicht. Deshalb: Es ist patriotisch, durch In-

vestitionen im Ausland Arbeitsplätze im Inland abzusichern. Es ist unpatriotisch zu sagen: Im Ausland verdiene ich mehr, drum verlege ich meinen Betrieb ins Ausland.

Christen sollten gerade in dieser heutigen Situation Position beziehen – auch weil die christliche Soziallehre, die katholische Soziallehre, die evangelische Sozialethik Grundlagen dafür bieten, die Zukunftsfragen zu beantworten. Sie benennen Prinzipien, an denen wir uns orientieren müssen: Würde und Freiheit des Menschen, Subsidiarität, Solidarität. Es ist bedauerlich, dass die christliche Soziallehre gegenwärtig eher schwächelt. Ein Oswald von Nell-Breuning oder zum Beispiel ein Emil Brunner auf evangelischer Seite sind gegenwärtig nicht zu erkennen. Die Sozialethiker streiten sich wie alle anderen auch. Weithin fehlt es an einer Autorität, an der man sich ausrichten könnte.

Eines ist unstrittig: Wir Christen sind aufgerufen, uns zu Wort zu melden, wenn wir uns in Deutschland darüber Rechenschaft ablegen müssen, was zu tun ist, was der Bürger vom Staat erwarten kann und welche Verpflichtungen die Bürger selbst zu tragen haben. Der Ruf nach einem starken Mann oder auch nur nach einem allmächtigen Staat kann von uns nicht unterstützt werden.

Der Wohlfahrtsstaat, der die Gesellschaft ihrer Mitverantwortung beraubt, löst den Verlust an menschlicher Initiative und das Aufleben der Staatsapparate aus, verbunden mit einer ungeheuren Ausgabensteigerung.

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Sozialen muss das Subsidiaritätsprinzip gelten. Eine gesellschaftliche Ebene darf der anderen nicht ihre ureigene Kompetenz nehmen. Der Wirtschaftsminister oder irgendein anderer Minister kann dem Unternehmen keine Befehle erteilen, soll ihm keine Stempel und Berge von Bürokratie abverlangen. Ein Unternehmer braucht Freiheit und nicht Überreglementierung, damit er Arbeit schaffen kann. Der Unternehmer soll ebenso wie der Arbeiter und jeder andere in seinem Bereich so frei wie möglich agieren können.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

In diesem Sinne müssen wir eine Debatte über Freiheit und Solidarität führen: Wir müssen der Freiheit Raum geben, Wachstum braucht Freiheit, aber wir müssen auch die Grenzen der Freiheit definieren. „Bei einem Anteil des Staates von 30 bis 40 Prozent des Volkseinkommens wird die Marktwirtschaft als System zersetzt und schließlich gelähmt“, hat Wilhelm Röpke gemeint. Inzwischen wären wir froh, wir hätten 30-40 Prozent. 2004 waren es 48 Prozent Staatsquote. Allein die Sozialausgaben machen einen Anteil von 32 Prozent des gesamten Volkseinkommens aus.

Nicht allein Röpke, auch Eucken sah in der zu großen Abhängigkeit vom Staat eine Gefährdung der menschlichen Freiheit – mit der Folge wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit. Zu lange ist gezögert worden: Ich meine, es ist an der Zeit zu sagen: Kein schwacher Staat, aber weniger Staat, vor allem weniger Bürokratie, mehr Freiraum, mehr private Initiative und mehr soziales Verantwortungsbewusstsein in der Gesellschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft kann meines Erachtens nur gedeihen, wenn die Bereitschaft besteht, für das eigene Schicksal und für das Schicksal der eigenen Familie Verantwortung zu tragen. Wenn der Wille zur Leistung existiert und wenn Leistung belohnt und nicht bestraft wird.

Das Solidaritätsprinzip, wie es die christliche Soziallehre begründet, basiert nicht auf gutem Willen und ist nicht in das Belieben des Einzelnen gestellt, sondern beinhaltet verbindliche Verpflichtungen. Wer Hilfe braucht, muss Hilfe bekommen! Aber die Solidarität darf keine Einbahnstraße sein, sondern sie muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Der, der Hilfe empfangen hat, darf sich nicht darauf ausruhen, sondern muss das Mögliche tun, damit er wieder auf eigene Füße kommt. Solidarität heißt in diesem Fall: Helfen, dass er auf eigene Füße kommt. Und heißt nicht dafür zu sorgen, dass er in der Warteschlange der Sozialämter und Arbeitsagenturen bleiben kann.

In der gegenwärtigen Diskussion werden die Menschen für mich allzu häufig als Ausgelie-

ferte und Opfer der Verhältnisse, als entfremdet und ohnmächtig dargestellt. Ich glaube, das ist nicht richtig. Es gibt nicht nur Ängste und Bedrohungen, sondern es gibt auch Chancen!

Der Mensch ist nach unserem Verständnis zur Freiheit berufen: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit“, heißt es bei Paulus. Den Menschen ist Gestaltungsmöglichkeit, Leistungskraft geschenkt. Soziale Kompetenzen sind ihnen eigen. Statt angstvoller Negation, dass alles ganz schlimm wird, ist meiner Ansicht nach ein bisschen mehr Selbstvertrauen und auch ein bisschen mehr Neugier auf die Zukunft berechtigt und notwendig.

Natürlich weiß ich, dass die Zukunft immer ein Wagnis ist. Leben ist immer lebensgefährlich, aber Zukunft ist auch Hoffnung. Ich nenne ein Beispiel: Die Globalisierung bringt nicht nur Risiken. Besonders wir Christen müssen zunächst sagen: Es ist eine große Chance, dass ein junger Inder morgen die gleichen Chancen hat wie seit Generationen ein junger Europäer. Vor dieser heraufziehenden globalen Konkurrenz sollten wir uns nicht fürchten, sondern wir sollten sie akzeptieren und zu dieser Konkurrenz bereit sein. Die meisten sind es aber bisher nicht und bejammern die eigene Lage möglichst lautstark.

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ Das ist ein Kernsatz aus Ludwig Erhards Buch „Wohlstand für alle“. Er hat ihn geschrieben 1957, in einer Zeit, die, weiß Gott, düsterer war als die Gegenwart heute.

Es ist ein selbstbewusster Mensch, den Ludwig Erhard vor Augen hat. Arbeit und Erwerb gehören zu diesem Menschenbild. Nur wer Arbeit und Einkommen hat, kann sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, eine Familie gründen und sie ernähren, kann seine eigenen Risiken absichern und einen solidarischen Beitrag zur Absicherung der Risiken anderer leisten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

Dem Staat kommt die Aufgabe zu, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen.

Seine ordnungspolitischen Aufgaben erfüllt er dann, wenn jedem ein Mindestmaß an materieller Eigenständigkeit ermöglicht wird und wenn der, der beim besten Willen nicht für sich sorgen kann, Hilfe erfährt. „Jeder ist wichtig, keiner darf verloren gehen.“ Das ist zwar ein fünfzig Jahre alter Satz von Konrad Adenauer, aber er ist heute genauso richtig.

In Ausnahmesituationen und für eine Übergangszeit wie zum Beispiel nach der Wende hier in den neuen Ländern, ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik notwendig. Selbstverständlich haben wir uns in den jungen Ländern nicht streng an die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft gehalten. Auch heute tun wir das noch nicht, obwohl sie gerade am Beispiel der neuen Länder die Gefahren, die von Subventionen ausgehen, beobachten können, was nicht an den neuen Ländern liegt, sondern an den Subventionen selbst, die schwer zu steuern und zu kontrollieren sind und – so sehr man sich auch anstrengt – Fehlsteuerung und Missbrauch mit sich bringen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik und staatliche Subventionen dürfen auch deshalb nicht zu einer Dauereinrichtung werden. Ökonomen sagen, dass jeder eingesparte Beitragspunkt bei der Arbeitslosenversicherung einen Zugewinn von etwa 100.000 neuen Erwerbsarbeitsplätzen bedeutet: Ein Prozent Beitragssenkung entspricht ca. sieben Milliarden Euro.

Die Sozialausgaben und die Lohnnebenkosten betragen am 1. Januar 2005 41,9 Prozent für Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung. Mit anderen Worten: Arbeit muss billiger werden. Nein, das ist nicht ganz richtig: Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden, weil es nicht mehr geht, dass nur die Arbeit die Sicherung der sozialen Sicherungssysteme garantiert.

Zur Zeit tragen 26 Millionen Beschäftigte und deren Arbeitgeber – je zur Hälfte – die Ausgaben für mehr als 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherte. Ich könnte noch

andere Beispiele anführen, aber tue das aus Zeitgründen jetzt nicht.

Produktivität, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sind das Gebot der Stunde. Dafür braucht man hochqualifiziertes Personal. Aber auch einfache Dienste sind notwendig – Erwerbsarbeit auch für Un- und wenig Qualifizierte. Hier haben wir zwei Dinge festzustellen: Erstens, dass wir Deutsche es unter unserer Würde finden, diese Tätigkeiten wahrzunehmen: 350.000 Arbeiter aus anderen Ländern mussten uns helfen, Wein zu ernten, Spargel zu stechen und Obst zu ernten, weil Deutsche das nicht wollten. Als ich einen der polnischen Arbeiter neulich traf und fragte: „Warum gehen Sie jetzt schon heim?“, war seine bezeichnende Antwort: „Weil ich meinen russischen Gastarbeiter in meinem Heimatbetrieb überwachen muss.“

Über diese Antwort sollte man bitte nachdenken. Das Gebot der Stunde heißt Flexibilität, heißt schnell reagieren. Und wenn viele Beitrittsländer ihr Steuersystem radikal umstellen, dann sollten wir nicht bejammern, dass sie das tun, sondern sollten überlegen, ob wir nicht auch Ähnliches tun könnten.

Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bürger Arbeitszeiterhöhungen unterstützen, um Arbeitsplätze zu sichern. Die Preisgabe von Feiertagen oder Lohnverzicht will man dagegen nicht – eine ganz deutliche Prioritätensetzung.

Noch einmal zum Problem der Geringqualifizierten: Ich glaube, es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, gegebenenfalls staatliche Lohnaufstockung in Erwägung zu ziehen. Eine Friseurin in Ostdeutschland arbeitet in der untersten Tarifgruppe laut Tarifvertrag für monatlich 480,00 Euro. Wäre sie arbeitslos, bekäme sie mehr. Also wird sie nachdenken, diesen Weg zu gehen. Deshalb ist es gerechter und finanziell günstiger, dieser Frau aus den eingesparten Mitteln für die Arbeitslosigkeit ihren Lohn so aufzustocken, dass es für sie noch einen Sinn ergibt, morgens um sechs aufzustehen und erst abends heimzukommen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

OPPURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

21. SEPTEMBER 2005

Was die Debatte um die Mindestlöhne betrifft, so können sie nicht staatlich verordnet, sondern nur tariflich vereinbart werden, und sie sind nur bei bundeseinheitlich geltenden Tarifverträgen möglich. Und hier müssen wir auf die Gefahr der Abwanderung von Arbeit achten. Auf dem Bau sind Mindestlöhne sinnvoll, denn den Bau kann ich nicht ins Ausland verlagern; im Schlachthof sind Mindestlöhne nicht sinnvoll, denn einen Schlachthof kann ich verlegen, vor allem dann, wenn er nahe an einer EU-Grenze liegt.

Bürokratieabbau ist das Gebot der Stunde. 46 Milliarden Euro kostete die Bürokratie die Unternehmen in Deutschland im Jahr 2003. Die Gründung einer GmbH mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten dauert in Deutschland sieben Wochen, in den angelsächsischen Ländern weniger als fünf Tage. Ein Investor muss 27 Ämter aufsuchen, ehe er investieren darf.

Wir haben nach wie vor eine sehr hohe Zahl von Patentanmeldungen in Deutschland. Die Zahl ist nicht zurückgegangen, aber die Umsetzung dieser Patente erfolgt weithin nicht mehr in Deutschland. Mikroprozessoren, Telefax und Computerdisc sind deutsche Erfindungen, aber Amerikaner und Japaner haben diese Schlüsseltechnologien auf den Markt gebracht. Der Transrapid ist eine deutsche Erfindung, aber Sie müssen mit TUI nach Schanghai fahren, wenn Sie ihn fahren sehen wollen. In den Schulen lehrt man unsere Kinder, dass in Kalifornien der Apple-Computer auf Erfindungen in einer Garage zurückgeht. Die deutsche Reichsgaragenordnung verbietet, dass in einer deutschen Garage überhaupt etwas erfunden wird.

Und natürlich: Bildung und Wissenschaft heißt das Gebot der Stunde. Ich führe das nicht mehr aus, Aber ich muss aufpassen, weil ich einmal Kultusminister war, und wenn Kultusminister von Bildung reden, hören sie nicht mehr auf. Ich war immer dafür, dass wir den ganzen ideologischen Plunder vom Tisch nehmen und uns auf ein paar wesentliche Fragen konzentrieren: Was Schule sein soll, was Aufgabe der Lehrer ist.

Außerdem werbe ich hinsichtlich PISA für ein bisschen mehr deutsches Selbstbewusstsein. Ich habe mich ein wenig mit dem japanischen Schulsystem befasst. Es mag bei PISA noch so gut abschneiden, ich will das japanische Schulsystem für Deutschland nicht. Auch das finnische möchte ich übrigens nicht, da ich nicht in die Situation kommen möchte, wie sie für Finnland prägend ist: In Finnland diktiert die Bevölkerungsdichte die Klassendichte und nicht die pädagogische Einsicht.

Also, lernen kann man von allen und soll man von allen, aber ein kleines bisschen deutsches Selbstbewusstsein ist anzuraten. Natürlich stehen die besten fünf Universitäten der Welt auf amerikanischem Boden, aber auch 300, die dem Vergleich mit deutschen Hochschulen nicht standhalten. Und davon wird wenig geredet. Ich will das alles nicht vereinfachen, ich bin nur für einen Dialog, der nicht mit ideologischen Scheuklappen in die Auseinandersetzung geht, sondern mit möglichst großer Offenheit.

Ludwig Erhard hat 1945 geschrieben: „Resignation vermag das Schicksal nicht zu wenden; es gibt grundsätzlich keine wirtschaftliche und politische Situation, aus der nicht der Wille und die Vernunft Auswege und Wege zu neuem Aufstieg finden lassen.“ Am liebsten würde ich das Zitat als SMS nach Berlin schicken. Resignation vermag das Schicksal nicht zu wenden, es gibt grundsätzlich keine wirtschaftliche oder politische Situation, aus der nicht der Wille und Vernunft Auswege und Wege zu neuem Aufstieg finden lassen. Der Wille und die Vernunft, Auswege zu neuem Aufstieg zu finden, ist gefragt. Nicht jammern, sondern handeln! Soziale Verantwortung ist die Sache aller, auch die Sache des Staates, aber sie darf nicht auf den Staat allein delegiert werden.